

19. Wahlperiode

## **Schriftliche Anfrage**

**des Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)**

vom 25. März 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 25. März 2025)

zum Thema:

**Erwerb schulischer Abschlüsse durch Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf**

und **Antwort** vom 10. April 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. April 2025)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Herrn Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)  
über  
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/22098

vom 25. März 2025

über Erwerb schulischer Abschlüsse durch Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf haben seit der 19. WP einen schulischen Abschluss an einer Regelschule gemacht? (Bitte nach sonderpädagogischem Förderschwerpunkt und Jahr differenzieren und Art des Abschlusses nennen.)
2. Wie viele Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf haben seit der 19. WP die Regelschule ohne Abschluss verlassen? (Bitte nach sonderpädagogischem Förderschwerpunkt und Jahr differenzieren.)
4. Wie viele der Schüler, die im letzten Schuljahr die Schule ohne Abschluss verlassen haben, hatten einen sonderpädagogischen Förderschwerpunkt? (Bitte in absoluten Zahlen und in Relation zur Gesamtzahl der Schüler ohne Abschluss.)

Zu 1., 2. und 4.: Der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) liegen keine Daten auf Individualebene vor, sodass eine differenzierte Darstellung nach den einzelnen sonderpädagogischen Förderschwerpunkten nicht möglich ist.

3. Wie viele Schüler haben im letzten Schuljahr die Schule ohne Abschluss verlassen? (Bitte in absoluten und in relativen Zahlen.)

Zu 3.: Im Schuljahr 2023/2024 haben 3.084 Schülerinnen und Schüler von insgesamt 29.307 Schülerinnen und Schülern eine öffentliche allgemeinbildende Schule ohne Abschluss verlassen. Das sind 10,5 Prozent.

Berlin, den 10. April 2025

In Vertretung

Christina Henke

Senatsverwaltung für Bildung,

Jugend und Familie